

presse

SPD fordert Ausbildungsgarantie

Anlässlich der Debatte zur Situation der Berufsausbildung in Deutschland im Deutschen Bundestag erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase und Katja Mast:

Nach den Zahlen des Berufsbildungsberichtes 2012 und den Verlautbarungen der Bundesregierung scheint auf dem ersten Blick alles in Ordnung zu sein. Tatsächlich gibt es auf der einen Seite eine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. Grund ist die demografische Entwicklung – diese gilt allerdings nicht für alle Berufe und Regionen. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Partner des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftesicherung nicht ihre Hausaufgaben machen. Weiterhin drehen Tausende von Jugendlichen im so genannten Übergangssystem ihre Warteschleifen, weiterhin gibt es über 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 22 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss, weiterhin lässt die Ausbildungsqualität zu wünschen übrig.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass die Maßnahmen im Übergangssystem wie angekündigt endlich geordnet werden. Erfahrungen in verschiedenen Bundesländern zeigen, dass bei der zielgerichteten Verknüpfung der Maßnahmen mit dem dualen System 160.000 junge Menschen besser qualifiziert werden könnten. Das entspreche dem Leitgedanken der SPD „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Weitere Ausdifferenzierungen wie die Einführung der Einstiegsqualifizierung Plus neben der eigentlichen Einstiegsqualifizierung lehnen wir ab. Sie bedeuten eine Abqualifizierung der Jugendlichen statt eine wirkliche Förderung. Auch vor dem Hintergrund der 1,5 Mio. jungen Menschen im Alter bis 29 Jahren ohne Berufsabschluss fordert die SPD eine Ausbildungsgarantie. Hinsichtlich der Ausbildungsqualität besteht dringender Handlungsbedarf: Unbezahlte Überstunden, die Missachtung der gesetzlichen

Regelungen und die schlechte Vermittlung von Ausbildungsinhalten sind an der Tagesordnung. Die Folge sind in manchen Bereichen Abbrecherquoten von bis zu 50 Prozent. Da Ausbildungsmärkte regionale Märkte sind, sollten die Berufsbildungsausschüsse vor Ort mehr Aufgaben übernehmen. Allerdings müssen auch die Kammern – und diese sind Paktpartner – den Druck auf die Unternehmen erhöhen.